



Donnerstag, 5.11.2015

Ausgabe 09/2015

Eine erhebliche Ausweitung der Geldmenge steht bevor

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Ausgabe des SWM-Reports beleuchten wir erneut die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, deren oberstes Beschlussgremium, der EZB-Rat, zweimal im Jahr außerhalb von Frankfurt tagt. Bei der Pressekonferenz im Anschluss an die Ratssitzung am 22.10.2015 auf Malta sagte EZB-Chef Draghi: **„Wir haben den Willen und die Fähigkeit, alle Instrumente einzusetzen, die unser Mandat erlaubt, wenn das nötig ist.“** Draghi bestätigte, dass das im März 2015 begonnene Programm zum Kauf von Staatsanleihen und anderen Schuldscheinen im Umfang ausgedehnt oder dessen Dauer verlängert werden könnte.

Schon bei ihrer Sitzung am 3. Dezember 2015 werden die EZB-Notenbanker möglicherweise eine Ausweitung ihrer Milliarden-schweren Geldflut beschließen, um die Konjunktur in der Eurozone anzukurbeln und um die gewollte Teuerung von zwei Prozent zu erreichen.

Hintergrund dieser Geldpolitik ist der in den letzten Monaten stärker gewordene Euro, welcher der EZB Sorgen bereitet. Er verteuert europäische Exporte auf dem Weltmarkt und dämpft somit den Preisauftrieb, den die EZB aber unbedingt erreichen möchte.

Im ungedeckten Schuldgeldsystem hält die ständige Teuerung das System am Laufen. Inflation wird als die „Politik des kleinsten Übels“ angesehen. Die EZB lässt seit vielen Monaten verlauten, die Inflation im Euroraum wäre derzeit zu niedrig. Gemeint ist damit, dass die Geldentwertung nicht hoch genug sei. Wie erklärt sich das? Die EZB hat sich zur Aufgabe gemacht hat, die Inflation, eigentlich meint sie die Teuerung der Konsumentenpreise, bei etwa zwei Prozent zu halten. Derzeit liegt die offizielle Inflationsrate bei etwa null Prozent. Die Klage der EZB, die Inflation sei zu niedrig, hat eine tiefere Ursache. Sie ist in der Konstruktion des ungedeckten Schuldgeldsystems zu finden, in dem Geld per Kreditvergabe „aus dem Nichts“ geschaffen wird.

Es handelt sich hierbei um ein inflationäres System, das für ein Ansteigen der Preise auf breiter Front sorgt. Problematisch ist dabei, dass der Preisauftrieb sich fortsetzen muss, damit das ungedeckte Schuldgeldsystem nicht ins Verderben gerät. Keinesfalls jedoch dürfen über einen längeren Zeitraum die Preise fallen, sonst wird es kritisch.

In einer deflationären Phase sind die Staaten nicht mehr in der Lage, ihre Ausgaben wie bisher zu leisten, weil die Steuereinnahmen zurückgehen. Zwangsläufig führt dies zu einer

Dramatisierung der staatlichen Verschuldungslast: Während Steuereinnahmen wegbrechen, bleibt der Schuldenstand des Staates unverändert hoch.

Angesichts schwindender Kreditqualität steigen zudem auch noch die Finanzierungskosten. Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, warum die staatlichen Geldpolitiken alles daran setzen, damit die Preise nicht fallen, beziehungsweise dass sich die Preissteigerungen fortsetzen.

Aber nicht nur das. Im ungedeckten Schuldgeldsystem kommt es früher oder später zu einem Inflationsdrang: Alle verschuldeten Gruppen entwickeln ein Interesse an „etwas höherer Inflation“. Denn sind die Schuldenlasten von Staaten, Banken, Unternehmen und Privaten erst einmal groß genug, erblicken viele Schuldner in der Politik der Inflation einen „Ausweg“ aus ihren momentanen Schwierigkeiten. Die Verschuldeten hoffen, dass ihre reale Schuldenlast durch steigende Inflation gemindert wird, so dass es ihnen gelingen wird, ihre Schulden mit entwertetem Geld zurückzuzahlen.

Neben dem seit April 2015 wieder stärker gewordenen Euro sieht die EZB auch das niedrige Wirtschaftswachstum im Euro-Raum mit großer Besorgnis. Seit Anfang 2010 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum des Bruttoinlandsproduktes nur 0,7 Prozent. Die Investitionen lahmen und liegen rund 16 Prozent unter dem Vorkrisenniveau von 2007. Es herrscht in der Eurozone Massenarbeitslosigkeit. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei über 11 Prozent, die „echte“ sicherlich deutlich darüber und die Jugendarbeitslosenquote beträgt im Euro-Raum knapp 22 Prozent. Dass daran der Euro im erheblichen Masse schuld ist, wird von Politik und Medien verschwiegen.

Aus Sicht vieler Experten sind weitere expansive geldpolitische Maßnahmen der EZB so gut wie sicher.

Es sieht ganz danach aus, als würde die EZB das Ziel verfolgen, unser Geld zu entwerten.

Aus Sicht der EZB-Verantwortlichen könnten dadurch zwei Ziele erreicht werden:

Der Außenhandel würde unterstützt und somit das Wirtschaftswachstum im Euroraum belebt.

Zudem würden sich die Importgüter verteuern, und das wirkt der angeblich zu „niedrigen Inflation“ in der Eurozone entgegen.

Wie kann die EZB den Wechselkurs des Euros schwächen?

Dazu muss die EZB die monetären Verhältnisse im Euroraum verschlechtern - im Vergleich zu denen im Ausland. Beispielsweise indem sie die Zinsen noch weiter absenkt oder indem sie die Euro-Geldmenge stärker ausweitet, als beispielsweise die US-Dollar-Geldmenge anwächst.

Folgende Beschlüsse könnte die EZB somit schon Anfang Dezember verkünden:

1. Die EZB verlängert den Zeitraum für Anleihekäufe

Seit März 2015 kauft die EZB monatlich Staatsanleihen, Pfandbriefe und Kreditverbriefungen der Euro-Länder im Wert von 60 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Die EZB und die nationalen Notenbanken pumpen Monat für Monat rund 60 Milliarden neu erzeugte Euro in

das Finanzsystem. Auf diesem Wege soll die Euro-Basis-Geldmenge (Guthaben bei der Zentralbank und Bargeldbestände) bis September 2016 um 1,14 Billionen Euro ausgeweitet werden. *"Wir sind bereit, die Ausgestaltung des Kaufprogramms anzupassen"*, sagte Draghi bei der Pressekonferenz.

Bis zum 16. Oktober 2015 hat die EZB in diesem Rahmen allein Staatsanleihen im Gesamtvolumen von knapp 371 Milliarden Euro erworben. Diese neue Geldmenge soll über Geschäftsbanken **in Form von Krediten** bei Unternehmen und Verbrauchern ankommen, so die EZB-Idee. Das soll Konsum und Investitionen anschieben, die Konjunktur in Schwung bringen und die jährliche Teuerung auf knapp zwei Prozent hochtreiben. Bei diesem Niveau sieht die EZB Preisstabilität gewahrt und die Basis für nachhaltiges Wachstum.

2. Das monatliche Volumen der Anleihekäufe wird erhöht

Ein stärkeres Signal und eine größere Wahrscheinlichkeit als bloß die zeitliche Verlängerung der Anleihekäufe wäre eine betragsmäßige Erhöhung der monatlichen Anleihekäufe. Die Ausweitung des Anleihe-Kaufprogramms ist eine Geldmengenvermehrung. Diese führt zur dauerhaften Zinssenkung – was den Euro schwächt.

Wenn die EZB den Banken Anleihen abkauft, steigt „nur“ die Basis-Geldmenge im Euro-Bankensektor. Kauft sie von Nichtbanken, wie Versicherungsgesellschaften und Fonds, steigt auch die nachfragerrelevante Geldmenge M3 an.

Ob es gelingen wird, die Wirtschaft anzukurbeln, ist nicht sicher. Das viele neue Geld muss auch irgendwo investiert werden - wer aber keine Aussicht auf Gewinn hat, wird auch nicht investieren, selbst wenn er das Geld zu einem sehr niedrigen Zinssatz bekommt.

Falls die EZB die Anleihekäufe sehr stark ausweitet, könnte sogar das Problem auftreten, dass einzelne Staatsanleihen knapp werden. Und somit nicht mehr darauf zugegriffen werden kann. Dann könnte der nächste Punkt zum Tragen kommen.

3. Die EZB könnte die Gewichtung der Anleihen verändern

Aktuell kauft die EZB Anleihen der EU-Länder entsprechend ihres Kapitalschlüssels. Das bedeutet, sie kauft bisher auch viele deutsche Bundesanleihen. Allerdings ist der „deutsche Zins“ sehr niedrig. Die Effektivität der Anleihekäufe von südlichen Ländern wäre größer, da diese höhere langfristige Zinsen zahlen.

Die EZB könnte aber auch Fremdwährungsanleihen erwerben, wie zum Beispiel US-Staatsanleihen. Dazu schafft sie neue Euro „aus dem Nichts“, tauscht sie am Devisenmarkt gegen US-Dollar und erwirbt damit amerikanische Schuldscheine. Der Kauf von Fremdwährungsschulden wäre vermutlich das stärkste Signal, dass die EZB setzen kann, um den Euro-Außenwert herabzusetzen.

4. Die EZB könnte den Einlagenzins nochmals senken

Der Rat der EZB hat laut Draghis Ausführungen bei der Pressekonferenz auch eine weitere Senkung des Zinssatzes für Bankeinlagen diskutiert. Ein solcher Schritt würde ebenfalls, neben der Ausweitung des Anleihen-Kaufprogramms, von den zuständigen EZB-Gremien geprüft werden.

Bereits im Sommer vergangenen Jahres hat die EZB als erste große Notenbank einen Strafzins von minus 0,2 Prozent eingeführt. Der gilt für Banken, wenn sie bei der EZB Geld hinterlegen. Das bedeutet, dass Banken für **Überschusseinlagen** keine Zinsen erhalten, sondern welche zahlen müssen. Dadurch will die Zentralbank die Geschäftsbanken zur Vergabe von Krediten drängen, um damit die Wirtschaft anzukurbeln.

Überschusseinlagen: Die EZB hat ab 18. Januar 2012 den Mindestreservesatz von 2 auf 1 Prozent abgesenkt. Das heißt, für ein Giroguthaben, das Kunden bei Banken in der Eurozone unterhalten, müssen die Banken lediglich 1 Prozent Basisgeld (Erläuterung siehe oben) vorhalten. Kommt beispielsweise ein Kunde zur Bank und zahlt 100 Euro bar ein, muss die Bank eine Mindestreserve von 1 Euro halten, und die restlichen 99 Euro kann sie als Überschussreserve betrachten. Damit kann sie dann Kredite vergeben oder Wertpapiere kaufen. Sie könnte auch die Überschussreserve bei der EZB parken, doch das ist jetzt unlukrativ, weil die Banken dafür einen „Strafzins“ zahlen müssen.

Das Senken des Einlagenzinses ist nicht so effizient wie die monatliche Erhöhung oder die Verlängerung der Anleihekäufe.

5. Die EZB könnte einen negativen Leitzins verabschieden

Der Leitzins, über den sich Banken bei der EZB Geld besorgen, liegt derzeit bei 0,05 Prozent. Die Geldmengenvermehrung durch die Banken lässt sich noch weiter verstärken, wenn die EZB ihren Leitzins, in den Negativbereich senken würde, wie es beispielsweise in Schweden seit Februar 2015 der Fall ist.

Dadurch würde die absurde Situation entstehen, dass Banken Gewinne machen, wenn sie sich bei der EZB verschulden.

Es wäre vor allem aber eine Einladung an potente Finanzmarktakteure wie zum Beispiel Hedge Fonds, sich kräftig in Euro zu verschulden und damit Euro-Abwertungswetten zu finanzieren. Das wäre ein nahezu sicheres Mittel, den Außenwert des Euro absinken zu lassen.

Das Geldmengenwachstum schafft Inflation

Wenn man Draghis Worte ernst nimmt, kann man nur eine starke Geldmengenvermehrung erwarten! Die Zentralbank kann die Geldmenge beliebig vermehren, in dem sie wie geschildert, Anleihen kauft und diese mit neu geschaffenen Euro bezahlt. Dieses neue Geld fließt jetzt zu den Banken und Investoren, denen die EZB Schuldscheine abkauft.

Wenn diese ihre Erlöse aus dem Schuldschein-Verkauf zum Beispiel in Aktien und Immobilien investieren, so steigen diese Preise. Daran profitieren die Sachwertbesitzer, zum Nachteil der Geldhalter, denn die Kaufkraft des Geldes nimmt ab: Für einen Euro erhält man fortan weniger Aktien und Immobilien.

Es ist nicht vorherzusehen, welche Güterpreise wann und wie stark steigen werden, wenn die Geldmenge ausgeweitet wird. Steigende Immobilienpreise führen beispielsweise unausweichlich zu höheren Mieten. Branchen, die eng mit dem Immobiliensektor verbunden sind, profitieren von steigender Nachfrage und steigenden Preisen für die von ihnen angebotenen Güter und Dienstleistungen. Man kann sich die Wirkung einer Geldmengenausweitung wie die eines Wasserrohrbruchs im Haus vorstellen: Erst tröpfelt es hier, dann da, und nach und nach sind alle Wände und Decken durchnässt. Bei einer Geldmengenausweitung steigen nach und nach die Preise, erst die einen, dann die anderen, und am Ende sind alle Preise gestiegen.

Dass man im Euroraum der Verlockung des Inflationierens bereits erlegen ist, zeigt die EZB-Politik der letzten Jahre. Die Erkenntnis ist, dass im Schuldgeldsystem Inflation früher oder später unwiderstehlich für die Verschuldeten wird. Sie wird als die "Politik des kleinsten Übels" angesehen. Die EZB kann jede gewünschte Geldmenge schaffen und in Umlauf bringen. Wenn Inflation politisch gewollt ist, kann und wird die Zentralbank diesen Wunsch erfüllen. In Anbetracht dessen, sind Edelmetalle eine sehr vernünftige Investition.

Damit sich Anleger vor den Risiken der weltweit ausufernden Verschuldung und ihrer Folgen (Inflation, Kaufkraftverlust und Währungsreform) schützen können, hat die SWM AG das Produkt „[Strategic Eternal Value](#)“ entwickelt! [SWM AG Video "Der große Goldbetrug" ansehen!](#) Die [neuesten Videos der SWM AG](#) gibt es auf unserem offiziellen Videokanal, [hier klicken!](#)

Alles über das [Rohstoffmanagement der SWM AG](#) erfahren, [hier klicken!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen
wünscht Ihnen

Ihr

Customer-Service der [SWM AG](#)

eMail: service@sev.li

Tel: +423 - 2 300 182



Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

Edelmetalle langfristig:

Vergleich: letzte 10 Jahre

Linien im Chart	Edelmetall	03.11.05 EUR	03.11.15 EUR	Wertsteigerung in den letzten 10 Jahren	durchschnittliche Wertsteigerung pro Jahr
1 rot	Palladium	183,36	585,85	220%	12,32%
2 blau	Gold	385,72	1030,51	167%	10,33%
3 orange	Silber	6,26	13,97	123%	8,36%
4 grün	Platin	767,80	876,37	14%	1,33%

Chart in US-Dollar für 1 Unze (31,1 Gramm)



Siehe hierzu die SWM AG Videos:

[Marc Faber: Gold und Silber gegen Unfug von Regierungen \(SWM AG\)](#)

[Folker Hellmeyer: Gold- und Silber-Prognose \(SWM AG\)](#)

[Dirk Müller: Es droht Inflation in Deutschland \(SWM AG\)](#)

[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

[SWM AG auf Google+](#)

Permanenter Kaufkraftverlust des Papiergelds

Circa 60 % gegenüber Gold in den letzten zehn Jahren!



1 Feinunze Gold in US-Dollar (letzte 10 Jahre)

Der Goldpreis hat sich in den letzten 10 Jahren etwa ver-3-facht.

Der Anstieg von 454 USD auf 1.126 USD innerhalb von 10 Jahren entspricht einer **durchschnittlichen jährlichen Wertsteigerung von 9,51 %**.

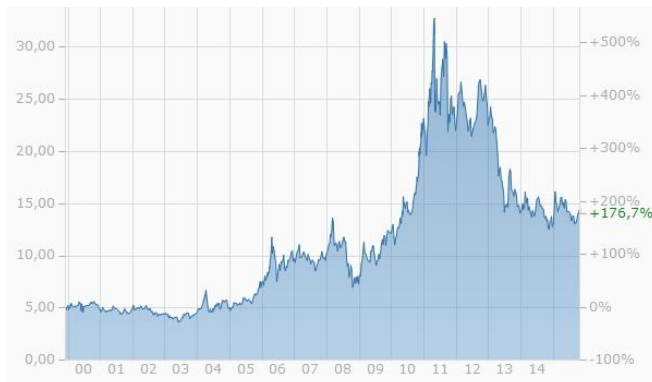
Vor 10 Jahren bekam man für 1.126 Dollar noch **2,5 Unzen** Gold. Im November 2015 erhält man für den gleichen Betrag nur noch **1 Unze** Gold.

Das entspricht einem **Kaufkraftverlust des Papiergelds** gegenüber Gold von rund **60 Prozent** innerhalb von nur 10 Jahren.



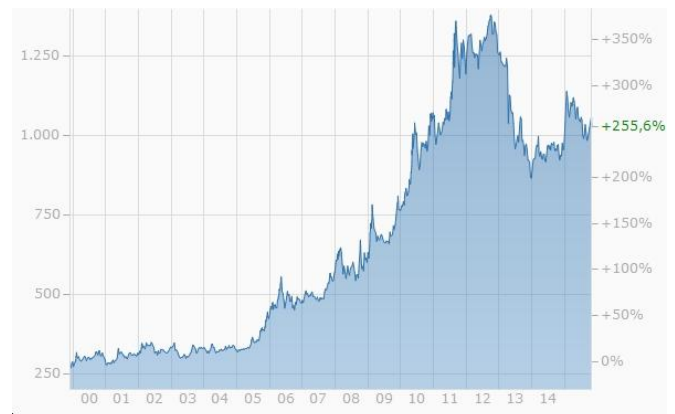
Edelmetalle aktuell - Stand 3.11.2015

1 Unze Silber in Euro



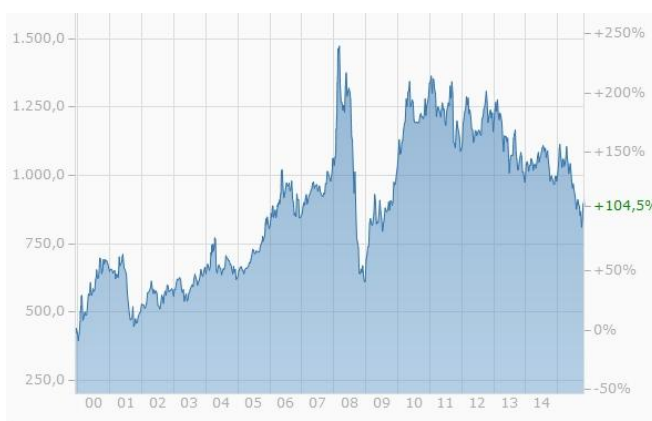
**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 176 Prozent**

1 Unze Gold in Euro



**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 255 Prozent**

1 Unze Platin in Euro



**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 104 Prozent**

1 Unze Palladium in Euro



**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 50 Prozent**

Edelmetalle mittelfristig:

Vergleich: letzte 5 Jahre

Linien im Chart	Edel- metall	03.11.10 EUR	03.11.15 EUR	Wertsteigerung in den letzten 5 Jahren	durchschnittliche Wertsteigerung pro Jahr
1 rot	Palladium	457,20	585,85	28%	5,08%
2 blau	Gold	966,97	1030,51	7%	1,28%
3 orange	Silber	17,76	13,97	-21%	-4,69%
4 grün	Platin	1206,81	876,37	-27%	-6,20%

Chart in US-Dollar für 1 Unze (31,1 Gramm)



Das Newsletter-Archiv der SWM AG finden Sie [hier](#)

Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

Tagesaktuelle Edelmetall-Preise gibt es [hier](#)

Impressum:

SWM AG - Customer Service - Altenbach 1 - FL-9490 Vaduz

eMail: service@sev.li

Website: <http://www.sev.li>

Tel: +423 - 2 300 182



[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

[SWMAG auf Google+](#)